

NETZWERK



Netzwerk Kalender
2010

Impressum

Herausgeber

Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Druck

Hinkelstein Druck GmbH

Dankeschön

Dieser Kalender entstand mit freundlicher Unterstützung des Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung, der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg und dem Asta der Alice Salomon Hochschule Berlin.

- 📍 www.boeckler.de
- 📍 www.dgb-jugend.de
- 📍 asta.asfh-berlin.de



- ☑ Netzwerk Selbsthilfe
im Mehringhof
Gneisenastr. 2a – 10961 Berlin
- ☎ Fon 030. 691 30 72
- ☎ Fax 030. 691 30 05
- ✉ mail@netzwerk-selbsthilfe.de
- 🌐 www.netzwerk-selbsthilfe.de

Netzwerk

Fördern– Vernetzen – Unterstützen


Netzwerk als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, der durch seine Mitglieder getragen wird, ist in seiner Umsetzung einzigartig. Der Anspruch von schneller Förderung, kompetenter Beratung und kontinuierlicher infrastruktureller Unterstützung und Vernetzung für Projekte jenseits des Mainstreams wird seit nunmehr über 30 Jahren umgesetzt.

Für politische Selbstorganisation

Berlin ist eine Hochburg alternativer Projekte, die ein Leben jenseits ökonomischer Rentabilitätskriterien organisieren, den alltäglichen Rassismus angreifen und anders leben und arbeiten verbinden. Die enorme Vielfalt der durch Netzwerk geförderten Projekte und Initiativen war und ist ein Ausdruck der politischen Kämpfe und der Verfasstheit der Gegenbewegungen in der Stadt.

Internetseite

Auf der Netzwerk-Internetseite finden sich umfangreiche Informationen und Links aus unserer Praxis und zu den durch uns geförderten Projekten.

 Netzwerk Selbsthilfe
www.netzwerk-selbsthilfe.de

Inhalt

Bildung, was war das gleich? Bildung und Mitbestimmung	5
Der Turmbau zu B.A.bel. Eine traurige Bilanz	8
Bildungsstreik 09	12
Das CHE. Hochschule als Wettbewerb und Dienstleistung	20
Ein starkes Bündnis. Zu den Aktivitäten des ABS	24
freier Zusammenschluss von studentInnenschaften	27
Was ist students at work?	28
Der BdWi	31
StuPa & AStA	32
Nimm dir dein Recht, denn du hast es! Deine Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Ausbildung	39
Jahresübersicht 2010	45
Kalender 2010	46-168
Jahresübersicht 2011	169
Monatsübersichten 2010	170-183
Sudokus	184-187
Notizen	188-191
Spendet Netzwerk	192



Bildung, was war das gleich?

Bildung und Mitbestimmung

Es begann in Wien und es dauerte eine Zeit, bis man im Nachbarland wirklich Notiz davon nahm. Doch Anfang November griff das Lauffeuer über und seitdem sind Audimax und Hörsäle von mehr als 70 deutschen Unis besetzt worden, inzwischen auch Räume mehrerer Schulen. Mitte November protestierten bundesweit 85.000 SchülerInnen und Studierende für bessere Studien- und Lernbedingungen, gegen die Ökonomisierung der Bildungslandschaft und für freien Zugang zu Bildung für alle. Ende November wurde der Sitzungssaal der HochschulrektorInnenkonferenz (HRK) in Leipzig besetzt. Die BesetzerInnen machten klar, dass das Angebot der HRK, mit einigen nach Gutdünken ausgewählten Studierenden unverbindlich über die Forderungen des Streiks zu sprechen, eine Farce ist. Seitens der HRK hatte man es nicht einmal für nötig gehalten, zu einem solchen Gespräch die verfassten Studierendenschaften einzuladen. Diese Arroganz der Macht ist symptomatisch für den Umgang der Politik mit Bildungsprotesten. Konnte man sich doch immer sicher sein, dass die Streikenden schon irgendwann aufhören würden, um den Anschluss an den Karrierezug nicht zu verpassen und dass die nächste Protestgeneration wieder bei Null anfangen würde. Man musste die Protestwellen also einfach nur aussitzen. Ob die jetzige Streikbewegung erfolgreicher als die bisherigen sein wird, ist noch offen. Einige Fakten sprechen zumindest dafür, dass sie nachhaltiger sein wird: zum einen die zunehmende Aktivität von Schülerinnen. Nur wenn die Bewegung alle Betroffenen des neoliberalen Angriffs auf das Bildungssystem sammelt und Stellung gegen die soziale Segregation im Bildungssektor be-

Bildung, was war das gleich?

zieht, kann sie etwas erreichen. Und Menschen, die bereits in der Mittelstufe ihre Schulräume besetzt haben, werden auch an der Hochschule oder im Arbeits(losen)leben eher bereit sein, für ihre Interessen zu kämpfen. Auch die neue Bundesregierung dürfte dafür sorgen, dass die Kämpfe eher härter werden. Die Fronten sind wieder klar. Die Streikbewegung hat mehr potenzielle BündnispartnerInnen als unter der großen Koalition. Zum dritten die Protestform: das Schlafen im Hörsaal ist zwar an sich noch nichts besonders Subversives, aber die zumindest mögliche polizeiliche Räumung wird immerhin in Kauf genommen. Die Besetzungen schaffen Raum und Zeit für das Knüpfen neuer Netzwerke unter den Studierenden und unter den Hochschulen und für intensivere Diskussionen. Zudem sind die BesetzerInnen ansprechbar und präsent und erlangen eine ungleich höhere Aufmerksamkeit als wenn sie zum x-ten Mal die Bildung zu Grabe getragen oder baden geschickt hätten. Bisherige Unistrieks wurden meist auch nur von einer relativ kleinen Minderheit engagierter Studierender getragen, während das Gros die Zeit nutzte, um auszuschlafen, zu arbeiten oder Hausarbeiten zu schreiben.

Vor der Umarmung durch die Medien und die Politik, die sich der neuen Protestbewegung in anbiedernder Weise an den Hals werfen, kann man sich nicht genug hüten. Hier geht es darum, die Forderungen des Streiks wegzukuscheln, bis am Ende alle damit glücklich sind, wenn es eine Handvoll mehr Bafög gibt und die Anerkennung der Credit Points aus dem Auslandssemester etwas kulanter gehandhabt wird. Es geht aber nicht um Kinderkrankheiten von Bologna und einzelne kleine Schrauben des nur etwas angerosteten Hochschulsystems, sondern um die grundsätzliche Frage, ob Bildung ein öffentliches Gut und soziales Recht sein soll und die Demokratisierung der (Hoch-)Schullandschaft betrieben wird oder ob die Visionen Annette Schavans und der Bertelsmannstiftung von der privat-

und gebührenfinanzierten Eliteuni für reiche Kinder Realität werden. Um Euch dabei zu helfen, französische Verhältnisse zu schaffen und Euch im Dschungel des Uni- und Schulalltags etwas Orientierung zu geben, haben wir diesen Kalender herausgegeben. Wir hoffen, dass er euch ein nützlicher Begleiter bei den kommenden Kämpfen sein wird und wünschen Euch ein tolles 2010!



Der Turmbau zu B.A.bel

Eine traurige Bilanz

Seit einiger Zeit kann nur noch in den neuen Bachelorstudiengängen studiert werden. Dabei ist an der Umsetzung erheblich geschlumpt worden, teilweise ist das Studium kaum studierbar. Beschwerden und Probleme häufen sich, die Beraterinnen und Prüfungsämter beginnen zu verzweifeln, von den Studierenden ganz zu schweigen. Zeit also, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Das Problem am Bachelor Studiengang ist nicht ein kosmetisches, es ist strukturell. Zwar scheint es auf den ersten Blick ganz vernünftig, nicht alle Prüfungen am Ende abzulegen, sondern während des Studiums. Auch ist die Idee, sich nach drei Jahren neu orientieren zu können, nicht dumm. Der Teufel steckt aber im Detail. Die Belastung, die es bedeutet, ab dem ersten Semester Leistung erbringen zu müssen, ist enorm: Mit der Uni fängt ein neuer Lebensabschnitt an, der eine Eingewöhnungsphase braucht. Diese entfällt, denn schließlich ist inzwischen klar, dass der Übergang zum Master eine bestimmte Note erfordert. An den meisten Universitäten ist es nur mit der Durchschnittsnote 2,5 oder besser problemlos möglich, in den Master zu wechseln. Das betrifft vor allem die Lehrämter_innen, bei denen das jeweilige Bundesland mitmischt. Von der mal versprochenen Durchlässigkeit von 100% zwischen BA und MA keine Spur mehr. Vor allem in den Naturwissenschaften sind gute Noten nicht einfach zu erreichen, da heißt es Pauken ab dem ersten Tag. Die durchschnittlich benötigten 30 Credits pro Semester – also 1800 Arbeitsstunden im Jahr – scheinen da nicht zu hoch veranschlagt. Bei 6 Wochen Ferien ist das eine

wöchentliche Arbeitszeit von über 39 Stunden. Das Studium bereitet also optimal auf die Leistungsgesellschaft vor.

Die Frage ist, ob das Sinn macht. Neben einem hohen Ausschuss (Abbrecherquoten von 20-60% werden Normalität) und der persönlichen Belastung leidet auch, absurderweise, die Bildung. Wem das paradox vorkommt, die_der möge ein Semester BA studieren und sich davon überzeugen, dass das Hirn irgendwann keinen neuen Input mehr verarbeiten kann. Das führt dazu, dass man beginnt, pragmatisch zu arbeiten. Wird eine Veranstaltung nicht benotet, wird natürlich auch kaum gelernt. Schließt ein Seminar mit einer Hausarbeit ab, liest man im Semester die Texte auch nicht. Der Wissenszuwachs fällt unter Umständen geringer aus als nach einem Semester mit wenigen Veranstaltungen. Das Kurzzeitgedächtnis hingegen wird gut trainiert.

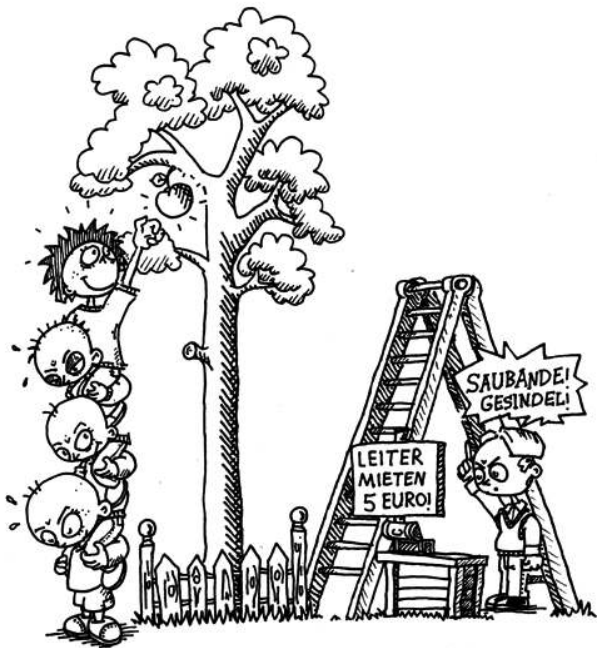


Warum also das Ganze? Die Antwort lautet gerne Internationalisierung, Anpassung an den Markt, schnellere Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt etc. Dass dies Augenwischerei ist, fällt spätestens bei der Planung des Auslandsaufenthalts auf. Schließlich gibt es in den wenigsten Ländern die Möglichkeit, zwei Fächer gleichwertig zu studieren, geschweige denn das Lehramt nach deutschem System. Nicht einmal innerhalb Deutschlands ist die Äquivalenz gegeben, an anderen Unis wird auch nach anderem System studiert, z.B. mit einem Schwerpunktfach. Ein Uniwechsel oder das Studium im Ausland ziehen nach wie vor umständliche Anrechnungsprozeduren nach sich. Zeit verlieren wird mensch dabei ebenso. Perfiderweise gilt das nicht nur innerhalb des Bachelors sondern auch beim

Bildung, was war das gleich?

Übergang in den Master, unter Umständen ist man z.B. trotz Bachelor in Deutsch und Philosophie an der HU Berlin und Zulassung zum Master of Education in Göttingen gezwungen, im Bachelor Scheine nachzuholen.

Die_der angehende Bachelor-Absolvent_in ist auch nicht schneller fertig, sondern bricht einfach ab oder studiert viel



© Kim 2006

länger, weil der Studiengang im Jahresturnus organisiert ist. Schafft man eine Prüfung nicht oder ist länger krank, verzögert sich das Studium — im Extremfall um ein Jahr. Die Alternative heißt, Veranstaltungen aus zwei Semestern gleichzeitig studieren — wenn möglich, denn teilweise verbieten die Prüfungsordnungen dies oder Kurse werden nur jährlich angeboten. Also eine 50-60 Stundenwoche. Kaum zu glauben, ist aber so. Hegt man jetzt auch noch den Wunsch, ihre_ seine Studiengebühren durch Arbeit zu finanzieren, wartet eine spaßige Uniwoche. Ein starkes Argument für den Bachelor war schließlich seine Flexibilität. Das sind Versäumnisse der Universitäten und sie wären vermeidbar gewesen, denn manche Probleme waren abzusehen.

Der Bachelor ist unausgegoren und schränkt die Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums erheblich ein. Er verkürzt weder die Studienzeit, noch ist man am Ende klüger als nach einem Studium im alten System. Dass Universitäten unter erheblichem Druck und in letzter Minute die Vorgaben des Bologna-Prozesses umgesetzt haben, verschärft die Problematik noch zusätzlich.

Bildungsstreik 09

Eine Zusammenfassung

von Bella March

Warum wurde gestreikt?

Die Zustände der Bildungslandschaft hierzulande sind nach unzähligen Reformen, Veränderungen und Einsparungen nicht mehr hinnehmbar. Durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudienordnungen wurden die Studiengänge unstudierbar. Arbeitsüberlastung und ständige Prüfungen plagten alle Studierenden, es bleibt keine Zeit mehr neben dem Studium. Gleichzeitig wird das Studium immer mehr an den Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichtet. Dabei sollte es doch eigentlich den Menschen so umfassend wie möglich bilden und nicht nur der Verwertbarkeit des Individuums dienen. Anwesenheitspflicht in Veranstaltungen, die den Studierenden im Zweifel aus verschiedensten Gründen überhaupt nichts bringen, verschärfen den (Zeit-)Druck. Schlafen aber kann mensch effektiver zu Hause und Zeitung lesen macht in der Cafeteria einfach mehr Sinn.

Daneben ließen sich manche Hochschulen noch weitere Spezialitäten einfallen: So reichte dem Prüfungsamt der HU beispielsweise ein normales Arzt-Attest nicht mehr aus – es musste schon eines sein, in welchem eine sogenannte „Funktionsstörung“ deutlich wurde. Abgesehen davon, dass es die Beamten in der Uni weder angeht, welche Krankheit jemand hat, noch dass sie kompetent beurteilen könnten, welchen Einfluss eine Erkrankung hat, wird hier bereits im Wort deutlich, um was es den Vorschriftenreitern geht: Das Funktionieren. Der Mensch, hier Studierende/r, soll funktionieren und sonst gar

nichts. Im Vorgriff auf das letzte Kapitel sei hier bereits gesagt: Das ist glücklicherweise inzwischen Geschichte.

Andere Hochschulen beschränken den Zugang zum Masterstudium. Nur diejenigen mit den besten Abschlussnoten und der kürzesten Dauer im Bachelor-Studium sollen ein Masterstudium aufnehmen können. Der Rest? Fliegt raus. Nun wissen wir alle: Prüfungen messen höchstens das, was die Angst übrig gelassen hat. Ganz zu schweigen davon, dass die heute angewandten Prüfungsformen in aller Regel eben nicht die Fähigkeiten der zu Prüfenden messen sondern eher, was und wieviel sie auswendig lernen können. Bildung im Sinne von Lösungskompetenzen vermitteln sieht anders aus. Und ein weiterer negativer Effekt kommt dazu: Wenn ich von der ersten Stunde an mit meinen Mitstudierenden um die besten Noten und die Plätze in den Übungen und Praktika kämpfen muss, dann schult das nur das Konkurrenz-Denken. Gemeinsame Suche nach Lösungen, also Teamarbeit und wissenschaftlicher Austausch werden auf diese Weise vernachlässigt. Und die Chance auf eine wissenschaftliche Laufbahn wird von Lotterieg Glück (Auslosung von Laborplätzen), Stressresistenz (Dauerarbeit), persönlichen Umständen (evtl. Versorgungspflichten) sowie schlicht Glück (ne Prüfung kann auch mal nicht so doll laufen) bestimmt. Von psychischen Folgen dieses Drucks ganz zu schweigen.

Gleichzeitig leiden alle Hochschulen in diesem, unserem Lande an chronischer Unterfinanzierung. Da pfeift es schon mal durch die Fenster und es rieselt einem der Putz von der Decke auf den Schreibblock. Mensch kann von Hochschulen in verschiedenen Bundesländern hören, dass diese teilweise Hörsäle wegen Baufälligkeit schließen mussten. Da musste dann erst eine Finanzkrise kommen, ein Konjunkturpaket, um diese Missstände zu beseitigen. Obwohl es vorher immer hieß, es gäbe kein Geld. Kaum sind die Banken pleite, regnet es Scheine.

Bildung, was war das gleich?

Die Unterfinanzierung der Hochschulen führt aber auch dazu, dass Studiengänge eingestellt werden und für die übrig bleibenden weniger Personal vorhanden ist. Das bedeutet: Überfüllte Übungen, semesterlange Wartezeiten für einen Laborplatz, schleichende Abschaffung des bewährten und erfolgreichen Berliner Tutorien-Systems. Eine weitere Folge des finanziellen Notstandes ist, dass ausgebildete und verhältnismäßig anständig bezahlte Arbeitskräfte an den Hochschulen immer mehr durch sehr schlecht bezahlte und ungelernete Menschen ersetzt werden. Diese sind dann auch noch von einer Fremdfirma angestellt, so dass von dem bisschen Geld, das für deren Arbeitsleistung bezahlt wird, auch noch die Profite von irgendwelchen Aasgeiern der Gesellschaft finanziert werden. Hausmeister_innen, Poststelle, Gartenpflege; diese Aufgaben sind das. Und auch die Lehrbeauftragten bekommen eher eine Anerkennungsprämie als eine vernünftige Bezahlung. Dabei haben wir es in Berlin noch verhältnismäßig gut: Wir haben keine Studiengebühren und es herrscht weitestgehend Einigkeit darüber, dass Bildung ein sehr wichtiges Gut ist, welches nach Möglichkeiten auskömmlich zu finanzieren ist. Der Dissens jedoch besteht in den Fragen, was möglich und was auskömmlich ist. Dies war auch eine Frage, welche mit zum Streik führte: Die Finanzierung der Hochschulen für die nächsten Jahre wurde verhandelt. In anderen Bundesländern sieht das noch schlimmer aus: Da darf dann für die beschriebenen Zustände auch noch tief in die Tasche gegriffen und Studiengebühren bezahlt werden.

Weitere Gründe, warum gestreikt wurde, sind die immer stärker zunehmende Einflussnahme der Wirtschaft auf die Hochschulen und die mangelnde demokratische Verfassung der Hochschulen. Grundsätzlich sollten die Hochschulen (so war mal die Idee) in demokratischer Selbstorganisation verwaltet

werden. Das wurde ohnehin nie richtig umgesetzt: Die Professor_innen haben in allen Gremien immer einen Sitz mehr als alle anderen zusammen (alle anderen: Studis, wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, sonstige Mitarbeiter_innen). Das ist an sich bereits ein Missstand und es wird immer die sogenannte Viertelparität gefordert (alle Gruppen haben die gleiche Anzahl an Vertreter_innen). Aber auch daran wird noch herum „verschlimmbessert“: Die gewählten Gremien der Universitäten

werden einerseits immer mehr zu Abnick-Veranstaltungen, gleichzeitig aber auch immer mehr entmachtet und durch „Aufsichtsräte“ (an der TU: Kuratorium) ersetzt, in denen die Uni-Angehörigen in der Minderheit sind. Die Mehrheit stellen sogenannte „externe Experten“, Politiker der großen Parteien, Leute aus der Wirtschaft und als Feigenblatt noch jemand vonner Gewerkschaft.



Über verschiedene Mechanismen gewinnt die Wirtschaft immer mehr Einfluss auf die Hochschulen: Mittels den oben beschriebenen Aufsichtsräten reden sie in die allgemeinen Angelegenheiten rein, mittels Drittmittel-Vergabe bestimmten sie das Forschungsprogramm der Institute und durch Lobby-Verbände (z.B. CHE, eine Tochter des Bertelsmann-Konzerns) verbereiten sie zweifelhafte Studien, die dann von der Öffentlichkeit als Wahrheiten übernommen werden (So wollte Bertelsmann tatsächlich weiß machen, die Studis wären für Studiengebühren; in der zugrunde liegenden Befragung gab es aber nur die Wahl zwischen verschiedenen Modellen von Studiengebühren und keine Möglichkeit, sich gegen solche auszusprechen). Dieses „Fass“ lief dann zu Beginn des Jahres 2009 allmählich über.

Was wurde vorbereitet?

Bereits zum Ende des Wintersemesters trafen sich bundesweit in allen großen Hochschul-Orten Studierende, Lehrende und sonstige Mitarbeiter_innen zu Diskussionsrunden. Auch Schüler_innen kamen dazu, denn die Zustände an den Schulen sind oftmals nicht viel besser. Es wurde schnell klar, dass mit reden und Presseerklärungen allein nicht viel zu machen war. Die Öffentlichkeit sollte von den Problemen des Bildungswesens mit Nachdruck informiert werden. Des weiteren schälte sich raus, dass es als unmöglich eingeschätzt wurde, ein ganzes Semester (wie noch 2003/04 ohne Probleme möglich), Protestaktionen durchzuführen. Auch, aber nicht nur, da die Schüler_innen ebenfalls eingebunden werden wollten und sollten. Denn diese haben ja die Pflicht, die Schule zu besuchen. Aber auch die Studierenden selber sahen ihren Master-Platz in Gefahr. Es wurde sich daher auf eine Protest-Woche um den 17. Juni herum geeinigt (was an unserer Uni, der ASH Berlin, natürlich ein besonderes Schmunzeln hervorrief).

Sodann fing es an, Aktionen zu planen. Vertreter_innen der Studierenden und der Schüler_innen reisten zu Treffen im

gesamten Bundesgebiet um Absprachen zu treffen. Ziele wurden erörtert, ausdiskutiert, angenommen oder verworfen. Die Studierenden wurden mit wechselndem Erfolg auf Vollversammlungen informiert. Nette Dozent_innen erlaubten auch, in ihren Veranstaltungen zu informieren. Pressegruppen fanden sich zusammen, Gruppen,



die sich um Studis kümmern, welche Nachteile durch ihre Teilnahme erfuhren, etablierten sich. Langzeitstudis mit Erfahrung aus früheren Jahren wurden ausgefragt. Teils informell, teils offiziell wurden die (Hoch-)Schulleitungen und Institute in Kenntnis gesetzt, dass da was kommen würde. Nach jeder Menge Arbeit, an der sich die meisten der studentischen Initiativen und Gruppen, ausgenommen natürlich solche wie „RCDS“ und „Liberale Hochschul-Gruppe“, die das alles immer etwas anders sehen, beteiligten, stand der Plan. Eine Woche vielfältigster Aktionen mit einer zentralen, bundesweiten Demonstration am 17. Juni. Bereits vor dieser Woche taten sich die Studierenden der TU hervor, in dem sie in schönster Regelmäßigkeit nach ihren unregelmäßig stattfindenden Vollversammlungen den Ernst-Reuter-Platz für einige Zeit dicht machten.

Was wurde gemacht?

In den Tagen rund um die Protest-Woche und in derselben, fanden vielfältige Aktionen statt. So wurden Seminare an öffentliche Orte verlegt, z.B. an den Potsdamer Platz oder in die S-Bahn („Ring-Vorlesung“). Auf dem Ernst-Reuter-Platz etablierte sich ein Freiluft-Atelier. Eine Gruppe verwegener Studis überfiel symbolisch aber mit größter Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit Banken, deren Leitung aufgefordert wurde, mitgebrachte Schecks für die Hochschulen zu unterzeichnen. Anwesenheitslisten verschwanden auf mysteriöse Weise. Gebäude wurden frühmorgens gesperrt, so dass Veranstaltungen gar nicht stattfinden konnten. Institute wurden besetzt. An der TU wurde mit der Villa March ein ehemaliger Raum der Studierendenschaft besetzt. (Die Villa March war durch die Univerwaltung in Ausnutzung der Tatsache, dass der AstA vor einiger Zeit konservativ besetzt war, in einer Nacht- und Nebelaktion – im Widerspruch zur Absprache mit den studentischen INIs – den

Bildung, was war das gleich?

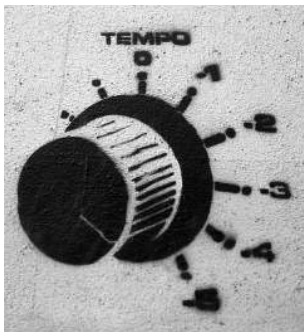
Studis weggenommen worden. Inzwischen hat die INI der Villa March andere Räume überlassen bekommen).

Selbst Frau Merkel wurde anlässlich einer Rede an der HU darüber informiert, dass die Studis sauer sind. Fahrrad- und sonstige Demos durchzogen die Stadt. Und am 17. Juni waren bundesweit Hunderttausende auf der Straße. Die in dieser Woche stattgefundene Kultusministerkonferenz wurde belagert. Natürlich gab es auch, wie immer, einige Unverbesserliche, die auch in dieser Woche studieren gehen mussten (vielleicht erhofften sie sich Vorteile beim Ergattern eines Master-Platzes?!?). Und selbstverständlich reagierte auch die Obrigkeit in Form der lieben Polizei in viel zu vielen Fällen deutlich über.

Was hat es gebracht?

Zunächst einmal konnte die Öffentlichkeit informiert werden, welche Probleme es im Bildungswesen hierzulande gibt. Daneben erfuhren die Präsidenten der Hochschulen für ihre Verhandlungen um die Finanzierung in den nächsten Jahren gegenüber dem Senat von Berlin deutlichen Rückenwind. In vielen Instituten sind Diskussionen um die derzeitige Form der Studienordnungen und -verlaufspläne wieder aufgenommen worden.

Mit den größten Erfolg haben wohl die Studis der HU zu verzeichnen. Dort beschloss der Akademische Senat (AS), dass die Notwendigkeit, sogenannte „Funktionsstörungen



teste“ vorzulegen und Anwesenheitslisten abzuschaffen, sowie sämtliche BA/MA-Studiengänge zu überarbeiten sind, und zwar hinsichtlich Reduzierung des Workloads. Nicht durchsetzen konnten sich die Studis mit der Forderung, für jeden BA auch einen MA-Studienplatz vorzuhalten. Das Gegenargument war, dass dann die HU nur deutlich weniger BA-Plätze anbieten könnte.

Formale Beschlüsse wurden an unserer Uni nicht gefällt. Dies erscheint aber auch unter Berücksichtigung der Tatsachen, dass erstens AS-Beschlüsse an unserer Uni mehr so Richtlinien zu sein scheinen (für Insider: Siehe Rüstungsforschungs-Verbot!) und es zweitens an unserer Uni sehr viel eher informell und konsensorientiert läuft, als an anderen Hochschulen, auch nicht so wichtig. Die Diskussion läuft, darauf kommt es an.

Berlinweit könnte der Druck auf den Senat dazu geführt haben, dass jetzt anscheinend doch irgendwie mehr Geld für die Hochschulen zur Verfügung steht, als vorher behauptet wurde. Was da im Einzelnen hinter den Kulissen passiert ist und welche Ursachen letztendlich für was verantwortlich sind, lässt sich von außen kaum erahnen. Jedoch gibt es plötzlich Töpfchen und Mittel und alles wird nicht so schlimm, wie ursprünglich angekündigt. Wieder einmal nicht durchgesetzt werden konnte die Viertelparität (Demokratisierung der Hochschulen) und das Zurückdrängen des Einflusses der Wirtschaft. Aber wir haben ja jetzt wieder ein neues Semester, wir haben Kontakte ins gesamte Bundesgebiet und wer weiß, was da noch kommen wird.

Haltet die Augen offen...

- 1 Bildungsstreik 2009 – Bündnis
www.bildungsstreik2009.de
info@bildungsstreik2009.de

Das CHE

Hochschule als Wettbewerb und Dienstleistung

von Kyrosch Alidusti

Der Bologna-Prozess ist zurzeit in aller Munde. Dieser Prozess ist aber nur ein Teil dessen, was die heutige Hochschule kennzeichnet, denn andere Veränderungen sind z.B. Studiengebühren, veränderte Hochschulstrukturen und Hochschulgesetze in vielen Bundesländern. Ging der Bologna-Prozess aus einer gemeinsamen Absichtserklärung europäischer Staaten hervor, steckt hinter anderen Veränderungen das „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE). Obwohl diese Gründung der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz in keiner Weise demokratisch ist, hat sie enormen Einfluss gewonnen.

Das CHE wurde 1994 aus der Taufe gehoben und wurde ab Mitte der 90er Jahre ein wichtiger Stichwortgeber in der Hochschulpolitik. Am bekanntesten ist sicherlich das CHE-Ranking, das in der Wochenzeitung DIE ZEIT erscheint. Durch dieses Ranking entsteht eine Art Bundesligatabelle der Hochschulen. „Der erste muss strampeln, um seinen führenden Platz zu erhalten, und der letzte, um seinen Abstieg in die Regionalliga zu verhindern“, schildert der Siegener Linguist Knobloch die Folgen. Der Siegener Fachbereich „Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften“, der vor kurzem aus dem Ranking ausstieg, erklärt dazu auf seiner Homepage: „Das Ranking erzeugt (eigene Hervorhebung), was es zu messen vorgibt: Ungleichheit zwischen den Hochschulen. Das Ranking fördert die Entkopplung von

Forschung und Lehre und trägt damit zur Demontage der traditionellen Stärken des deutschen Hochschulsystems bei.“

Neben diesem Effekt dienen die Tabellen als Orientierungspunkt bei der Hochschulwahl, doch meist spielt die Nähe zum Elternhaus und die Attraktivität der Universitätsstadt für die Studierenden eine größere Rolle. Tatsächlich erfüllen die Rankings noch eine weitere Funktion. Da die Studierenden den „Tabellenplatz“ der Hochschule ablesen können, fördern diese Listen unter den Studierenden eine Kundenhaltung: Sie haben die Auswahl und besitzen daher vermeintlich Konsumentenmacht. Die sollten die StudentInnen dem CHE zufolge auch dadurch bekommen, dass sie Studiengebühren zahlen - nach dem Motto: der zahlende Kunde ist König. Daher machte sich das CHE schon seit Mitte der 1990er Jahre dafür stark, dass Studiengebühren eingeführt werden sollten. Um sein Ziel zu erreichen wiederholte das CHE immerzu, dass das über Steuern finanzierte gebührenfreie Studium dafür Sorge, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten weniger häufig studieren als Kinder aus der Mittel- oder Oberschicht. Studiengebühren würden dagegen für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Der Autor der Studie „Zu den Umverteilungswirkungen staatlicher Hochschulfinanzierung“, Daniel Lübbert, vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags, hat sich 2006 mit dieser Aussage beschäftigt. Lübberts Fazit lautet, dass kein eindeutiges Ergebnis zustande komme, vielmehr bleibe die Antwort „deshalb meist von persönlichen und politischen Überzeugungen mit geprägt“. Dennoch fand das CHE mit seiner Kampagne Zustimmung unter den Landespolitikern, sodass – seitdem die Bundesländer über die Einführung von Studiengebühren entscheiden können – eine Reihe von ihnen nach dieser Geldspritze griffen, dennoch ist Studieren selten König an der Hochschule.

Bildung, was war das gleich?

Eine fast fürstliche Stellung hat dagegen der Hochschulrat in einigen Bundesländern zugesprochen bekommen, in anderen Bundesländern freut sich der/die RektorIn über mehr Kompetenzen. War das Hochschulpersonal ursprünglich dem Ministerium unterstellt, sind nun die RektorInnen oder PräsidentInnen ihre Vorgesetzten. „Das Personal steht im Dienst der jeweiligen Hochschule“, heißt es etwa im nordrhein-westfälischen „Hochschulfreiheitsgesetz“ (HFG). Bei den Finanzen bekommen die Hochschulen weitgehende „Handlungsfreiheit“. Gekoppelt wird diese allerdings an die Erfüllung von „Vereinbarungen für mehrere Jahre über strategische Entwicklungsziele sowie konkrete Leistungsziele“. Diese „output-Steuerung“, war von Beginn an eines der wesentlichen Ziele des CHE. Um die Vorgaben erfüllen zu können, sollen die Hochschulen unternehmerisch handeln und sich als Marktteilnehmer verhalten. Dieser „Umbau“ der Hochschulen in den Ländern ist unterschiedlich weit fortgeschritten, wie Torsten Bultmann vom BdWi feststellt: „Dennoch lässt sich überall eine ähnliche Tendenz des Umbaus der inneren Hochschulverfassung in Richtung einer unternehmensähnlichen Architektur erkennen.“

Damit diese Idee, die dem CHE eingefallen ist, tatsächlich zum Gesetzestext wurde, hat das CHE dem NRW-Ministerium die Inhalte quasi vorgegeben. Der Publizist Wolfgang Lieb, ehemals Staatssekretär im Wissenschaftsministerium NRW, formulierte es so: „Die Regierung, das demokratisch legitimierte Parlament oder die Parteien sind zu Befehlsempfängern der Bertelsmann-Stiftung (eigene Hervorhebung) degradiert.“

Was war passiert: Im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens kam es zu einem intensiven Austausch zwischen dem Ministerium und dem CHE. Ende 2005 veröffentlichte das CHE „Zehn CHE-Anforderungen für ein Hochschulfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen“ und stellte mit einer Pressemitteilung

sicher, dass die Vorschläge richtig verstanden würden. Innovationsminister Pinkwart präsentierte einen Monat später die »Eckpunkte des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes« und schon zwei Tage darauf bewertete das CHE die Eckpunkte, indem es sie mit seinen Anforderungen verglich und lobte die „sehr gute[n] Ansätze und Zielaussagen“ und forderte, dass die Eckpunkte „mutig und umsichtig in Gesetzesform gegossen werden“. Ein großes Lob aus parteiischem Munde. Das Gesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft. Dieser Vorgang war besonders plastisch. Ähnliche „Hilfen“ für die Politik kamen auch bei der „Vorbereitung“ anderer Landeshochschulgesetze vor.

Bertelsmann-Stiftung und CHE verfügen zudem über viele persönliche Kontakte in der Politik. Der ehemalige SPD-Kanzler Schröder hebt hervor, wie gern er sich „an die intensiven und ertragreichen Gespräche“ bei den verschiedenen Bertelsmann Veranstaltungen erinnere. Merkel besuchte ebenfalls die Foren und auch anderen PolitikerInnen, unabhängig von deren Parteibuch, werden Kontakte zur Stiftung nachgesagt. „Wir haben jeweils immer den unterstützt, von dem wir meinen, dass der

also die richtige Auffassung (eigene Hervorhebung) hat“, verriet der ehemalige CHE-Chef Müller-Böling im Deutschlandfunk. Die Verfügung über Geld, Medien und persönliche Netzwerke rundet die politischen Beeinflussungsstrategien des CHE ab.



Lesetipps

- ① Oliver Schöllner (2006): Bildung geht stiften. Zur Rolle von Think Tanks in der Wissensgesellschaft, in: Bittlingmayer/

Bauer (2006): Die „Wissensgesellschaft“. Mythos, Ideologie oder Realität, Wiesbaden.

- ① Wolfgang Lieb: „Hochschulfreiheitsgesetz“ in NRW - oder der Putsch von oben gegen ein öffentlich verantwortetes, demokratisches Hochschulwesen [<http://www.nachdenkseiten.de/?p=115>] Zugriff am 27.8.2009.
- ① Wernicke/Bultmann (2007): Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh, 2. Aufl. Marburg.



Ein starkes Bündnis Zu den Aktivitäten des ABS

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) entstand im April 1999, als es die neue rot-grüne Bundesregierung sichtbar an Entschlossenheit mangeln ließ, ihr Wahlversprechen eines bundeseinheitlichen Studiengebührenverbotes in die Tat umzusetzen. Programmatische Plattform des ABS ist der „Krefelder Aufruf“, der bei der ABS-Geschäftsstelle sowie im Internet erhältlich ist und auf grundsätzlicher Ebene für eine umfassende Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums eintritt. Durch eine Erklärung, dieser Plattform zuzustimmen, erfolgt der Beitritt zum ABS.

Bislang haben sich über 300 Organisationen dem ABS angeschlossen. Die beteiligten Studierendenvertretungen, darunter der studentische Dachverband fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenvertretungen), repräsentieren ca. 1,7 der 2,0 Millionen StudentInnen hierzulande. Dem ABS gehören zudem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), politische Jugend- und Hochschulorganisationen (Juso- und Grüne Hochschulgruppen, Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen, JungdemokratInnen/Junge Linke), der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi), das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, die Evangelische Studierendegemeinde und viele weitere an. Auch zahlreiche WissenschaftlerInnen unterstützen das ABS.

Vielfältige Aktivitäten

Das ABS hat im Winter 1999/2000 über 120.000 Unterschriften für ein umfassendes Studiengebührenverbot gesammelt. Diese wurden in Verbindung mit einer kleinen Aktion der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn im Februar 2000 übergeben. Im Streik in Nordrhein-Westfalen im Sommer 2002 sammelte das ABS über 117.000 Unterschriften, die dem Ministerium übergeben wurden. Bei den Protesten gegen Studiengebühren, die 2003 in zahlreichen Bundesländern stattfanden, beteiligte sich das ABS mit Beiträgen bei Veranstaltungen.

Am 7. Juni 2000 mobilisierte das ABS ca. 10.000 StudentInnen zu Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart, am 13. Dezember 2003 war das ABS an den bundesweiten Demonstrationen beteiligt. Hier gingen über 60.000 Menschen gegen Bildungs- und Sozialabbau auf die Straße. Im Sommer 2007 hat das ABS zusammen mit den hessischen Studierendenvertretungen innerhalb kürzester Zeit über 70.000 Unterschriften gesammelt, um so eine Verfassungsklage gegen Studiengebühren in Hessen einreichen zu können. Darüber hinaus unterstützt

Bildung, was war das gleich?

das Bündnis derzeit die Gebührenzurückholer in NRW, wo über 14.000 Studierende landesweit gegen Studiengebühren juristisch vorgehen.

Das ABS gibt regelmäßig eine Zeitung heraus. Außerdem publiziert es eine Schriftenreihe, in der bisher drei Broschüren erschienen sind: „Rahmengesetz statt Staatsvertrag – Zur Diskussion um das Studiengebührenverbot“ (Mai/Juni 1999), „Argumente gegen Studiengebühren – Eine Widerlegung von Behauptungen“ (Oktober 1999, inzwischen in der fünften Auflage erschienen) und „Gebühren für ‚Langzeit‘studierende? – Fakten zur Debatte“ (Juli 2001, inzwischen in der dritten Auflage erschienen). Zusätzlich ist die Broschüre 4 „Bildungsgutscheine und Studienkonten“ zu bestellen.

Das ABS wendet sich zu gegebenen Anlässen an maßgebliche BildungspolitikernInnen, vertritt seine Auffassungen bei Vorträgen, auf Podien etc., beobachtet intensiv die Entwicklungen rund um Studiengebühren sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch international und stellt auf Anfrage gerne ReferentInnen. Auch als Sachverständiger ist das ABS schon zu diversen Anhörungen eingeladen worden, so dass dort in den entsprechenden Entscheidungsprozessen klar Position gegen Studiengebühren vertreten werden konnte.

Kontakt

Das ABS unterhält eine Geschäftsstelle in Berlin.

✉ Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) – beim fzs
Wöhlertstr. 19

10115 Berlin

☎ 030. 27 87 40 94

@ abs@studis.de

freier zusammenschluss von studentInnenschaften

Der freie zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 80 Mitgliedshochschulen vertritt der fzs rund eine Million Studierende in Deutschland. Der fzs vertritt bundesweit die sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen von Studierenden gegenüber Hochschulen, Politik und Öffentlichkeit.

Was wir wollen

Der fzs erarbeitet Positionen zu verschiedenen hochschulpolitischen Themen mit dem Ziel diese in die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubringen. Der fzs setzt sich ein für:

- eine gesetzlich und finanziell abgesicherte studentische Vertretung an Hochschulen
- eine studentische Beteiligung an allen hochschulpolitischen Entscheidungen in Hochschule, auf Landes- und Bundesebene
- den freien Zugang zu Bildung
- eine bedarfsdeckende Absicherung von Studierenden unabhängig vom Einkommen der Eltern
- den Abbau von Diskriminierung in Bildungssystem und Gesellschaft
- eine kritische Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Gesellschaft
- studentische Solidaritätsarbeit und internationale Vernetzung von Studierenden

Bildung, was war das gleich?

📍 freier Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V.
(fzs)

✉ Wöhlertstr. 19
10115 Berlin

☎ tel. +49 (0) 30 27874094

📠 fax. +49 (0) 30 27874096

🌐 www.fzs.de

**students
at work** /

Was ist students at work?

Zwei Drittel aller Studierenden arbeiten neben dem Studium, die meisten davon sind auf jeden Cent aus dem Nebenjob angewiesen. Aber wer weiß schon genau, worauf man beim Jobben achten muss?

Students at work ist ein Beratungsangebot der DGB-Jugend für Studierende. Auf unseren Seiten erhältst du Informationen zu arbeitsrechtlichen Themen wie Gehalt, Urlaub, Kündigung, Arbeitsvertrag, Gültigkeit eines Tarifvertrages etc. und zu allen sozialversicherungsrechtlichen Fragen rund um die Krankenversicherung, Rentenversicherung usw. Dazu bieten wir auch einen Service zu allen anderen Fragen rund um Studium und Geld: Stipendien, Praktika, Unterhalt von den Eltern, Studiengebühren, Jobbörsen, und Tipps für Absolventen.

Wenn unsere ausführlichen Texte deine Frage nicht beantworten, kannst du auch eine Frage im Beratungsforum stellen und erhältst in Kürze eine Antwort. Auch wenn du Probleme mit dem Chef oder Stress im Studentenjob hast, nutze unsere Online-Beratung – wir versuchen, dir schnell zu helfen. Parallel zu unserer Homepage werden immer mehr Beratungsangebote vor Ort an den Hochschulen geschaffen. In der Praktikumsbewertung sind aktuell über 1.000 Praktikumsgeber aufgeführt, deren Qualität von ehemaligen Praktikant/innen bewertet wird.

Wir vernetzen gewerkschaftliche Beratungsangebote für Studierende bundesweit. Wir sammeln und aktualisieren die relevanten Daten, Materialien und Links für studentische Jobberinnen. Wir unterstützen Initiativen zur Verbesserung der Situation der 1,3 Millionen erwerbstätigen Studierenden in

Bildung, was war das gleich?

Deutschland und wollen für die Bedeutung der studentischen Erwerbsarbeit sensibilisieren.

Wenn du bei uns mitmachen willst, komm einfach in eines unserer Büros oder zu einer der aktiven gewerkschaftlichen Hochschulgruppen. Wenn Du mehr zur Vorfeldarbeit der DGB-Jugend wissen willst, schau mal hier.

Das Team von students at work ist per E-Mail zu erreichen: studienjob@dgb.de. Das Büro (030. 240 60 245) ist unregelmäßig besetzt.

Beratungsstellen des DGB-Projekts Students@work:

① HU.BER.NET. – Humboldt Universität BeraterInnen Netzwerk

c/o ReferentInnenrat der HU Berlin,
Monbijoustr. 3, 10099 Berlin

Beartung: Nelo Locke, Kolja Fuchslocher, Raum 5
Montag, 9 bis 13 Uhr & Mittwoch, 14 bis 18 Uhr

☎ 030. 2093-2145

@ beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de

🌐 www.refrat.de/soziales/arbeit.html

① Campus Office TU

Beratung: Damian Cvetkovic, Aras Abdelkarim
Dienstag & Donnerstag, 12 bis 14 Uhr
Campus Center im
TU-Hauptgebäude (Südflügel, Erdgeschoss)

☎ 030. 314 788 07

@ Campus.Office@zek.tu-berlin.de

🌐 www.zek.tu-berlin.de/v-menue/kooperation_wissenschaftsgesellschaft/koop/students_work

Der BdWi

Am Anfang stand der Aufbruch der linken Intelligenz, Studierender wie beruflich an den Hochschulen Tätiger, ProfessorInnen wie wissenschaftlicher MitarbeiterInnen. 1968 schlossen sich etwa 300 an Universitäten arbeitende WissenschaftlerInnen und andere UniversitätsabsolventInnen zusammen, um politisch unmittelbarer als die damals eher berufspolitisch agierende GEW für die Demokratisierung wissenschaftlicher Inhalte und Arbeitsformen einzutreten.

Zu den GründerInnen gehörten Intellektuelle wie Wolfgang Abendroth und Werner Hofmann - Marburger Koryphäen kritischer Politikwissenschaft bzw. Ökonomie, die, wie etwa Abendroth, schon gegen das NS-Regime und in dumpfen Adenauerzeiten in der Tradition der linken Arbeiterbewegung um Terraingewinne für gesellschaftlichen Fortschritt gekämpft hatten. Zusammen mit der damaligen jungen Generation der Studierendenbewegung kritisierten sie die geschichtlich rückwärts gerichteten Formierungstendenzen in Wissenschaft, Bildung und Gesellschaft.

Die Wende brachte einen Schub neuer Mitglieder in den BdWi: hoch qualifizierte WissenschaftlerInnen aus der DDR, die ebenso abgewickelt wurden wie ein großer Teil der Wissenschafts- und Forschungspraxis. 1989 öffnete sich der Verband auch der Mitgliedschaft von Studierenden. Fachhochschulen waren anfangs nicht im Blick des Verbandes; FH-Studierende und beruflich dort Tätige schließen sich seit Anfang der Neunziger Jahre in steigendem Maß dem BdWi an.

Mittlerweile findet sich ein großer Teil der damaligen kritischen Hochschulintelligenz in den unterschiedlichsten fachlichen Tätigkeiten auch außerhalb der Hochschulen - der BdWi

Bildung, was war das gleich?

ist in die Poren der Gesellschaft eingesickert. Mit den Studierendenbewegungen seit den späten 1990er Jahren hat sich der studentische Anteil unter den BdWi-Mitgliedern stark erhöht. Seit 1974 ist der BdWi eingetragener Verein. Seine „Denkfabrik“, die Forschungs- und Informationsstelle (FIB) beim BdWi, ist es seit 1989.

- 📍 Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
Gisselberger Str. 7
35037 Marburg
🌐 www.bdwi.de

StuPa, AStA

Was ist das, wie funktioniert und wozu braucht mensch das?

Ersteinmal steht fest, dass die Studierendenschaft der Universitäten bzw. Fachhochschulen, das gesetzlich festgeschriebene Recht auf Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten besitzt. Die verfasste Studierendenschaft gilt nämlich als rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule und somit des öffentlichen Rechts.

Wie funktioniert

Kurz gesagt gelten in den Unis und Fachhochschulen ähnliche Spielregeln wie in der parlamentarischen Demokratie. Auf uni- bzw. fachhochschulweite Ebene bezogen bedeutet dies, dass es sowohl ein Parlament, das Studierendenparlament kurz StuPa, als Legislative gibt als auch eine Exekutive, den Allge-

meinen Studierendenausschuss kurz AStA. Das Verhältnis von StuPa und AStA entspricht dem von z.B. Bundestag und Bundesregierung. Die Wählerinnen und Wähler votieren für das Parlament, also das StuPa, und dieses wiederum wählt dann seine Regierung den AStA.

Die Aufgaben

Wofür sind das StuPa und der AStA nun gut? Abstrakt vertreten sie die gesamte Studierendenschaft der jeweiligen Universität oder Fachhochschule nach innen und außen. Wenn z.B. ein neues Hochschulgesetz geplant ist oder eine die Hochschulen betreffende Verordnung erlassen wird, so sind die ASten aller betreffenden Hochschulen zu informieren bzw. anzuhören.

Ein anderes Beispiel ist das Semesterticket. Der jeweilige AStA handelt mit den Verkehrsbetrieben einen Vertrag aus, der sicherstellt, dass alle Studierenden ein Semesterticket erhalten.

Darüber hinaus verfügen die studentischen Organe über ein weites Zuständigkeitsfeld, das im Hochschulgesetz grob vorgegeben ist. Zu nennen wären Aufgaben im Bereich der Hochschulpolitik, der Öffentlichkeitsarbeit, der Sozialberatung etc. In der Praxis stellen StuPa/AStA z.B. Beratungsdienste zum Thema Bafög bereit, wirken (im Idealfall) bei sinnvollen, emanzipatorischen Projekten mit und befassen sich mit aktuellen Entwicklungen in der Hochschulpolitik (z.B. Studiengebühren etc.). Eine weitere Aufgabe ist die Verwaltung des Geldes, welches aus den allsemesterlichen Rückmeldegebühren der eingeschriebenen Studierenden stammt. Neben dem Teil für das Semesterticket und für das Studierendenwerk, fließt ein kleiner Teil des Geldes in die studentische Selbstverwaltung. Dieses Geld wird von StuPa und AStA verwaltet. Hochschulbezogene Projekte mit emanzipatorischem Anspruch können aus diesem Topf gefördert werden.

Bildung, was war das gleich?

Bei all diesen Dingen handelt es sich um Angelegenheiten, die die Universität bzw. Fachhochschule betreffen. Eine recht umstrittene Frage ist nun, ob und in welchem Umfang sich StuPa/ASTa auch mit nicht ausschließlich hochschul- bzw. studierendenbezogenen Themen befassen dürfen. Eine Aufgabe der Studierendenschaft bzw. ihrer Vertretung ist nach §18 BerlHG „auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung, die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft der Mitglieder zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern.“ Ein allgemein Politisches Mandat, also die Äußerung zu allgemein politischen Themen ist allerdings untersagt.

Studieren sollte aber nicht nur bedeuten, sich auf die Hochschule zu beschränken, sondern vielmehr sollten mit Hilfe des erarbeiteten Wissens, Prozesse in der Gesellschaft in Gang gesetzt werden, damit in dieser ein emanzipatorisches Denken alltäglich wird und demzufolge auch Dinge wie z.B. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keinen Platz mehr haben.

Da sich zahlreiche ASten diesen Aufgabe stellen wollen, ist das Recht auf allgemeinpolitische Arbeit extrem wichtig. Es liegt an jeder/jedem sich einzubringen, um solche Forderungen aufstellen und umsetzen zu können.

Adressen der Berliner Studierendenvertretungen

- ① Alice Salomon Hochschule
StuPa/ASTa
Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin
☎ StuPa 030/99245-368
☎ AstA 030/99245-367
@ asta.ash@ash-berlin.eu
🌐 asta.asfh-berlin.de

- i** E.A.P. Europäische Wirtschaftshochschule Berlin
AStA
Heubnerweg 6
14059 Berlin
☎ 030-25 48 02 0 (HS)
☎ 030-25480231 (HS)
🌐 www.escp-eap.net/

- i** Evangelische Fachhochschule Berlin/Fachhochschule für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Pflegemanagement, Ge-
meinde und Religionspädagogik
AStA/Stupa
Reichensteiner Weg 24 / PF 37 02 55
14195 / 14132 Berlin
☎ 030-832 91 29
☎ 030-8410121
Mo-Fr 8.30-14.00 Uhr + Mo+Di+Do bis 19.30 Uhr

- i** Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
AStA
Treskowallee 8
10318 Berlin
☎ 030-50 19 26 18/-22 65
☎ 030-50192868
@ asta@fhtw-berlin.de
🌐 www.students-fhtw.de/?path=/asta

- i** Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin
AStA
Alt Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
☎ 030-51 00 90 29 & 030-90 21 40 28

Bildung, was war das gleich?

☎ 030-51009039
✉ asta@fhv.verwalt-berlin.de

📍 Fachhochschule für Wirtschaft Berlin
AStA
Badensche Straße 50-51
10825 Berlin
☎ 030-857 89 402 o. 854 80 43 o. 857 270 70
☎ 030-8539744
✉ asta@fhw-berlin.de

📍 Freie Universität Berlin
AStA
Kiebitzweg 23
14195 Berlin
☎ 030-83 90 91 0
☎ 030-8314536
✉ astafu@zedat.fu-berlin.de
🌐 www.astafu.de/
Mo-Fr 10.00-18.00 Uhr

📍 AStA der UdK Berlin
Raum 9
Hardenbergstr. 33, 10623 Berlin
☎ (030) 31 85 24 64 (Mailbox) oder -27 65
☎ (030) 31 85 26 70
🌐 www.asta-udk-berlin.de

📍 Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin
AStA
Charlottenstraße 55 / PF 14 7
10117 / 10104 Berlin
☎ 030-2 03 09 24 16

☎ 030-203092416
🌐 www.hfm-berlin.de
Di-Do 14.00-16.00 Uhr

📍 Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin
AStA
Schnellerstraße 104
12439 Berlin
☎ 030-636 22 61 (HS)
☎ 030-6361994 (HS)

📍 Humboldt-Universität zu Berlin
Studierendenparlament/ReferentInnenrat
Unter den Linden 6
10099 Berlin
☎ 030-20 93 26 03/-14
☎ 030-20932396
@ refrat@refrat.hu-berlin.de
🌐 www.refrat.hu-berlin.de
Mo-Fr 10.00-16.00 Uhr

📍 Katholische Fachhochschule Berlin / Fachhochschule für
Sozialwesen
AStA
Köpenicker Allee 39-57
10318 Berlin
☎ 030-50 10 10 43
☎ 030-5099342 (HS)
Di-Do 13.00-14.00 Uhr

📍 Kunsthochschule Berlin-Weißensee/Hochschule
für Gestaltung
Studentenrat

Bildung, was war das gleich?

Bühningstraße 20

13086 Berlin

☎ 030-4 77 05 237

☒ 030-47705290 (HS)

Di 16.00-18.00 Uhr

④ Technische Fachhochschule Berlin

ASTA

Luxemburger Straße 10

13353 Berlin

☎ 030-45 04 25 25

☒ 030-45042093

@ asta@tfh-berlin.de

🌐 www.tfh-berlin.de/~asta

Mo-Fr 10.00-18.00 Uhr

④ AStA TU Berlin

Straße des 17 Juni 145

10623 Berlin

☎ 030. 314 - 25683 (Büro)

☒ 030. 314 - 28714

@ buero@asta.tu-berlin.de

**GEMEINSAM
GEWINNEN.**

Nimm dir dein Recht, denn du hast es!

Deine Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Ausbildung

von der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

Deine momentane Situation

Du hast es geschafft und hast einen Ausbildungsplatz bekommen? Dann kannst du dich schon mal glücklich schätzen, denn jährlich bewerben sich bundesweit hunderttausende junge Menschen auf einen Ausbildungsplatz. Im Jahr 2009 gab es ca. 515.500 Ausbildungsplatzsuchende auf ca. 406.000 Ausbildungsplätze. Jährlich bleiben also viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise verschlechtert sich die Ausbildungsplatzsituation zunehmend.

Probleme? – Lerne Deine Rechte kennen

Du hast es nun aber geschafft und machst jetzt aber vielleicht die Erfahrung, dass du ständig Überstunden machen musst oder irgendwelche Sachen erledigen sollst die nicht unbedingt zu deiner Ausbildung passen oder du musst immer dasselbe machen? Von wegen glücklich schätzen, denn du bist eigentlich gar nicht zufrieden mit deiner Ausbildung, weil du keinen eigenen Ausbilder hast oder der dich nicht für voll nimmt und dich nur den Dreck weg machen lässt? Lass dir

Bildung, was war das gleich?

das nicht gefallen, denn du sollst nicht als billige Arbeitskraft missbraucht werden. Schließlich machst du deine Ausbildung um was zu lernen. Es ist also wichtig, dass du weißt was deine Rechte sind, denn von denen hast du nicht gerade wenige! Diese Rechte sind auch schriftlich festgehalten, nämlich im Berufsausbildungsgesetz (BBiG).

Dein Rahmenplan für Deine Ausbildung

Schau doch einfach direkt mal nach was in deinem Ausbildungsplan steht. Den solltest du zu Beginn deiner Ausbildung zusammen mit deinem Vertrag bekommen haben. In dem steht nämlich was du wann lernen sollst. Stimmt das was du im Betrieb machen musst nicht damit überein, dann sprich es an, denn du musst schließlich am Ende deiner Ausbildung eine Prüfung ablegen und dafür musst du alles was im Ausbildungsplan steht gelernt haben.

Das Berichtsheft

Als Nachweis für das was du täglich machst dient dein Berichtsheft, was du täglich führen solltest und von deinem Ausbilder unterschreiben lassen musst. Hier solltest du auch wirklich das reinschreiben was du tatsächlich gemacht hast. Du tust dir nämlich selbst keinen Gefallen, wenn du etwas aufschreibst was du nicht gemacht hast, weil dir das bei der Prüfung auf die Füße fallen würde. Du hast das Recht dein Berichtsheft während der Arbeitszeit zu führen!

Alles was Du für Deine Ausbildung benötigst

Weiterhin gehört zu deinen Rechten, dass du alle Materialien, die für deine Ausbildung wichtig sind kostenlos gestellt bekommst. Dazu zählen z.B. Werkzeug, Werkstoffe, Fach- und Tabellenbücher, Berichtshefte, Zeichen- und Schreibmaterial.

Arbeitskleidung muss dir ebenfalls kostenlos gestellt werden sofern es sich um besondere Schutzkleidung handelt.

Die Berufsschule – notwendig und wichtig!

Wie du weißt gehört zu deiner Ausbildung auch der Besuch der Berufsschule. Dein Ausbilder muss dich für diese Zeit von der Arbeit freistellen. Vielleicht ist es aber schon mal vorgekommen, dass du vor oder nach der Schule in deinen Betrieb musstest? Beginnt dein Unterricht vor 9Uhr ist es schon mal unzulässig, wenn du vorher zur Arbeit sollst! Bist du noch unter 18, dann darfst du auch nach der Schule nicht mehr zur Arbeit, wenn du mehr als 5 Schulstunden hast oder wenn du Blockunterricht mit mindestens 25 Unterrichtsstunden an fünf Tagen in der Woche hast. Bist du schon über 18 schaust du am besten mal nach ob es einen entsprechenden Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung gibt in der das geregelt ist.



Ausbildungsfremde Tätigkeiten

Schon mal was von Ausbildungsfremden Tätigkeiten gehört? Vielleicht nicht, aber musstest du vielleicht schon mehrmals Botengänge für deinen Chef machen oder ständig das Lager aufräumen obwohl deine Aufgaben eigentlich ganz andere wären? Ist das mal der Fall spricht nichts dagegen, aber sollten diese Aufgaben zu Gewohnheit werden, solltest du was dage-

Bildung, was war das gleich?

gen tun, denn das ist nicht erlaubt. Wie schon weiter oben angesprochen musst du schließlich in einer bestimmten Zeit bestimmte Sachen lernen, ausbildungsfremde Tätigkeiten haben wie der Name schon sagt nichts mit deiner Ausbildung zu tun und das Berufsbildungsgesetz verbietet alle Tätigkeiten, die nicht dem Ausbildungszweck dienen und deine körperlichen Kräfte übersteigen, also musst du diese auch nicht machen!

Überstunden und Mehrarbeit

Vermutlich ist es auch bei dir schon vorgekommen, dass du Überstunden machen musstest, doch ist das überhaupt rechens? Bist du unter 18 ist die Antwort ganz klar Nein! Dafür sorgt das Jugendarbeitsschutzgesetz! Bist du über 18 sollten Überstunden allerdings auch vermieden werden, denn diese sind dem Ausbildungszweck nicht dienlich. Sollte es doch mal vorkommen muss dir auf jeden Fall ein Ausgleich geboten werden, also entweder Geld oder Freizeitausgleich.

Mitbestimmung – Betriebsrat (BR) und Jugendauszubildendenvertretung (JAV)

Jetzt sagst du schön und gut, dass ich diese Rechte alle habe aber mein Chef sieht das vielleicht ganz anders und wenn ich den Mund aufmache behandelt er mich danach vielleicht noch schlechter. Oder vielleicht bist du auch noch in der Probezeit und befürchtest, dass du gleich wieder fliegst wenn du sagst was dir nicht passt. Das sind berechtigte Sorgen! Denn in der Probezeit – die übrigens vier Monate nicht überschreiten darf - kann dir dein Chef ohne Angabe von Gründen einfach kündigen. Lass dich aber davon nicht abschrecken, denn vermutlich bist du nicht alleine mit deinen Problemen. Fällt dir also etwas auf, was gegen deine Rechte verstößt, dann geh am besten mal

zu deinem Betriebsrat oder deinem Javi – das ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV).

Was macht ein Betriebsrat überhaupt?

Der Betriebsrat handelt Betriebsvereinbarungen aus und achtet darauf, dass sie auch eingehalten werden- genauso wie die Arbeitnehmer_innenrechte, die in Gesetzen und Tarifverträgen festgelegt sind. Gewählt wird der Betriebsrat von allen volljährigen Beschäftigten, auch von den Azubis. Voraussetzung ist, dass der Betrieb mehr als fünf Beschäftigte hat.

Die JAV ist im Prinzip das gleiche, sie achtet darauf, dass Gesetze, Tarifverträge und Betriebs- und Dienstvereinbarungen, die Auszubildende betreffen, eingehalten werden.

Die JAV ist auch die richtige Ansprechpartnerin, wenn irgendwas falsch läuft mit deiner Ausbildung, wenn du Rat, Hilfe oder Rückendeckung brauchst oder Ideen zur Verbesserung der Ausbildungssituation hast. Sie kümmert sich um die Qualität deiner Ausbildung und um deine Übernahme nach dem Ausbildungsende. Gewählt wird die JAV für zwei Jahre. JAVler werden können alle aus deinem Betrieb, die jünger sind als 25 Jahre. Auch du! Wählen dürfen Jugendliche unter 18 und Azubis unter 25. Bedingung für eine JAV-Wahl sind fünf Wahlberechtigte. Ein Vorteil, wenn du selbst Javi bist ist, dass du einen besonderen Kündigungsschutz hast! Das heißt, dein Chef kann dich nicht einfach rausschmeißen wenn du ihm lästig wirst und du kannst somit deiner Aufgabe als Interessenvertretung ohne Bedenken nachgehen. Außerdem müssen Javis auch übernommen werden, wenn sie denn wollen!

Ihr habt noch gar keine JAV in eurem Betrieb? Dann schau am besten mal wie es den andern Azubis so geht, vielleicht haben die ähnliche Probleme. Schließt euch dann am besten zusammen und überlegt euch ob ihr nicht auch eine JAV gründen wollt. Wenn ihr dabei Hilfe braucht könnt ihr euch an euren

Bildung, was war das gleich?

Betriebsrat oder auch direkt an eure zuständige Fachgewerkschaft wenden. Die können euch dabei unterstützen und euch hilfreiche Tipps geben.

Tipps und weitere Infos

Wenn ihr noch mehr zum Thema erfahren wollt dann schaut doch am besten mal auf unserer Seite von der DGB-Jugend (Jugendorganisation des deutschen Gewerkschaftsbundes) im Internet vorbei:

- Arbeitszeit
- Berichtsheft
- Geld
- Kündigung
- Tarifverträge
- Zeugnisse

🌐 www.dgb-jugend.de

Auf der Homepage der DGB Jugend Berlin Brandenburg findest Du zur Vertiefung ausserdem Themenflyer rund um die Ausbildung:

🌐 www.dgb-jugend-bb.de

Hier findet ihr auch eine Onlineberatung, Doktor Azubi genannt. Vielleicht hast du sogar mal Lust mit deiner Berufsschulklasse an einen Projekttag in deiner Berufsschule genau zu diesen Themen teilzunehmen. Die DGB-Jugend bietet solche Projektstage speziell zum Thema Demokratie und Mitbestimmung an. Fragt doch einfach mal eure Lehrer ob es möglich ist solch einen Projekttag zu buchen.

🌐 www.tagesseminare.de

📍 DGB-Jugend Berlin-Brandenburg:
DGB-Jugend Berlin-Brandenburg
Keithstr. 1+3
10787 Berlin

Das Ganze
ist mehr als
die Summe
seiner Teile.

NETZWERK
der politische Förderfonds